

der in den vergangenen acht Jahren Spanien regierte, weigerte sich immer wieder einzugestehen, dass den Anhängern der Republik während der Franco-Jahre Unrecht geschehen war. Die Suche nach Gerechtigkeit setzten die Erben der Sieger stets mit Rachegeilüsten der Linken gleich. Erst vor zwei Jahren verurteilte das Parlament jeglichen gewaltsamen Umsturzversuch. Doch die Erklärung blieb absichtsvoll vage: Francos Putsch von 1936 gegen die gewählte Regierung der Zweiten Republik wurde nicht einmal erwähnt.

Premier Rodríguez Zapatero, Enkel eines von Franco-Schergen hingerichteten republiktreuen Offiziers aus León, hat nun das allgemeine Schweigen beendet. „Eine Gesellschaft, die ihre Vergangenheit leugnet, gräbt sich ihr eigenes Grab“, sagte er in New York, als er dort eine Ausstellung über das spanische Exil eröffnete.

Seine Stellvertreterin, María Teresa Fernández de la Vega, hat er mit der Leitung einer Kommission zur „moralischen und juristischen Rehabilitierung“ der Verfolgten des Franco-Regimes betraut. So wurde etwa Angehörigen der von Kriegserichtern in zynischer Rechtsverdrehung wegen „Rebellion“ hingerichteten Republikanern bis heute keine Pension gezahlt. Am Massengrab von republikanischen Gefallenen auf dem Montjuïc in Barcelona, wo 1940 der einstige katalanische Landesherr Lluís Companys standrechtlich erschossen worden war, gelobte die Vizeministerpräsidentin, dessen „Würde und Ehre wiederherzustellen“. Auch die im Bürgerkrieg geraubten Archive Kataloniens will der Premier wieder zurückgeben.

Die Verbände von Angehörigen der einstigen Franco-Gegner wollen erreichen, dass alle erst jetzt aufgefundenen Massengräber geöffnet werden und der Staat die notwendigen Gen-Analysen bezahlt. Sie rechnen mit etwa 35 000 Verschwundenen.

Die Opferverbände fordern ebenfalls, dass Geschichte an den Schulen nicht länger allein aus der Siegerperspektive gelehrt wird. Nach dem Muster der Vergangenheitsbewältigung in Südafrika oder Chile soll auch Spanien die historische Wahrheit aufarbeiten.

Der erste Schritt ist schon getan. Im Juni hatte die linke Gemeinde Rivas-Vaciamadrid nahe der Hauptstadt an die 800 alte republikanische Kämpfer aus dem ganzen Land zu einem Gedenkkonzert zusammengeholt. Damals brachte ein Dokumentarfilmer aus der Enkelgeneration einige Zeitzeugen dazu, ihre Erinnerungen an Haft, Folter und Widerstand vor der Kamera preiszugeben.

Bei der Präsentation des Films in einem plüschigen Kinopalast an der Madrider Gran Vía traten die zähen Veteranen mit erhobenen Fäusten vor den Vorhang. Das Publikum feierte die Alten wie Leinwandstars.

HELENE ZUBER



CHRISTOPHER MORRIS / VII

US-Spezialeinheit in Afghanistan: Rumsfelds Soldaten sollen CIA-Agenten ausstechen

USA

## Bruderkrieg der Spione

Neuanfang bei den amerikanischen Geheimdiensten: Weil Washingtons Agenten sich im Kampf gegeneinander erschöpften, soll ein Aufseher die Rivalen zur Zusammenarbeit zwingen. Dass er Erfolg haben wird, scheint wenig wahrscheinlich.

Für Agenten wie Michael Scheuer gibt es keinen Platz mehr bei der CIA. Mit seinen 52 Jahren hätte er noch Jahre bis zur Pensionierung arbeiten müssen, aber seit sieben Wochen ist der mit Orden und Ehrungen überhäufte Experte arbeitslos.

Inzwischen jedoch ist Scheuer zum berühmtesten Aussteiger des Landes geworden, Zeitungen und Fernsehkanäle reißen sich um ihn. „Meine 15 Minuten Ruhm sind angebrochen“, sagt er, „hoffentlich hört man auf mich.“

Mit seinem grauen Bart und der Cordhose sieht Scheuer eher aus wie ein Universitätsprofessor. 22 Jahre hat er der CIA als Fachmann für den Islam gedient. Er hat als einer der Ersten die tödliche Bedrohung durch al-Qaida erkannt. Drei Jahre lang leitete Scheuer die Abteilung „Alec“, eine hochgeheime Einheit, die den Terror-Paten Osama Bin Laden jagen und, wenn möglich, töten sollte.

Schnell wird klar, warum Scheuer mit der Regierung aneinander geraten musste. Obwohl er

ruhig spricht, wählt er seine Worte mit kaum gebremster Wut. Ist der von Präsident George W. Bush ausgerufene Krieg gegen den Terror überhaupt eine angemessene Reaktion auf die Gefahr? „Amerika hat noch immer nicht verstanden, warum es eigentlich bedroht ist“, sagt er. „Die Radikalen hassen nicht uns, sie hassen unsere Außenpolitik.“ Und die ist seiner Meinung nach von „imperialer Überheblichkeit“ geprägt.

Ob das einen Gegner wie Bin Laden beeindruckt kann? „Der Qaida-Chef hat es geschafft, aus der falschen Politik einer Hand voll amerikanischer Politiker eine machtvolle Allianz gegen unser Land zu schmieden. Ein brillanter Stratege.“ Und dann setzt er noch eins drauf: „Wäre er auf unserer Seite, würde er im Weißen Haus zu Abend essen.“ Hat der Krieg gegen Saddam Hussein den Kampf gegen den Terrorismus vorangebracht? Scheuer antwortet mit tiefer Verachtung: „Wenn Bin Laden Christ wäre, hätte er sich so etwas zu Weihnachten gewünscht.“



J. SCOTT APPLEWHITE / AP

CIA-Kritiker Scheuer  
Bittere Bilanz



Start eines amerikanischen Aufklärungssatelliten, Pentagon-Chef Rumsfeld, Vorgesetzter Bush: *Peinliche Parade der Pleiten*

Scheuer verließ die CIA, als der Streit um seinen Bestseller immer heftiger wurde. Als „Anonymus“ hatte er eine böse Abrechnung mit dem Anti-Terror-Kampf der USA verfasst. Das Weiße Haus verlangte, Scheuer solle endlich den Mund halten.

Doch der denkt gar nicht daran. Der Ex-Agent ist ein Querdenker, ein Provokateur, ein Betriebsunfall für jede Bürokratie. Den Posten als Bin-Laden-Jäger verlor er 1999, nachdem er seinen Chefs schriftlich bescheinigt hatte, dass sie den Terror-Ideologen unterschätzten und nicht genug unternähmen, um ihn auszuschalten. Ein Jahr lang saß er abgeschoben und arbeitslos in der Bibliothek, las, wozu er Lust hatte.

Nach dem 11. September 2001, als alles zu spät war, haben seine Vorgesetzten ihn dann so schnell es ging in die Terrorismusabteilung zurückgeholt, weil niemand so viel über den Feind wusste wie er. Und weil er – leider – Recht behalten hatte.

Scheuer hatte sich nicht geändert. Völlig undiplomatisch sagte er immer noch, was er dachte, und er verlangte überdies, das auch aufschreiben zu dürfen. Scheuers Devise lautete: Ich muss das Land vor den Terroristen beschützen und nicht den Präsidenten vor seinen Kritikern.

CIA-Regeln erlauben jedem Angestellten die Veröffentlichung eines Buchs, solange keine geheimen Informationen preisgegeben werden. Doch die Bush-Regierung hat solche Freiheiten de facto außer Kraft gesetzt. Im Weißen Haus des Texaners wird Widerspruch weder geschätzt noch verziehen. „Früher hat man solche Leute wie mich ausgehalten“, resigniert Scheuer.

Doch weil nun alles neu werden soll in der Welt der amerikanischen Geheimdienste, wird Scheuers Expertise eben doch gebraucht, wenn schon nicht von der Regierung, dann eben von den Medien, und so ist er trotz seines ruhmlosen Abgangs

ein gefragter Mann. Kurz vor Weihnachten hat Präsident Bush die größte Geheimdienstreform der amerikanischen Geschichte durch seine Unterschrift Gesetz werden lassen. „Wir sind jetzt in der Lage, einen zweiten 11. September zu verhindern“, jubelte der demokratische Senator Joe Lieberman, ein Geheimdienstexperte, der wie so viele Amerikaner an die revolutionäre Kraft des Neuanfangs glaubt.

Der „Intelligence Reform Act“ soll eine Art Wiedergeburt für einen der größten Spionageapparate werden, den je ein Staat unterhielt: Dazu gehören nicht nur die CIA oder der Abhördienst NSA mit seinen weltumspannenden Lauschkapazitäten; die Teilstreitkräfte der USA verfügen genauso über eigene Geheimdienste wie etwa das Außen-, das Finanz- oder das Energieministerium. 15 Dienste sind es insgesamt mit 200 000 Angestellten und einem Jahresetat von 40 Milliarden Dollar. Gemessen an solchen Zahlen müssten Amerikas Spionage und Gegenspionage eigentlich unbezwingbar sein. Die Geheimen verfügen über eine gigantische Maschinerie mit einigen der größten und leistungsfähigsten Computer der Welt, die jeden Tag Abermillionen Telefongespräche auffangen und E-Mails lesen können. Ihre Aufklärungssatelliten sind angeblich in der Lage, noch aus dem Weltall die Nummernschilder von Autos zu entziffern. Die neueste Generation ihrer Himmelsspäher ist so beeindruckend wie das Weltraumteleskop Hubble. Statt ins All können sich deren Kameras auf jeden Fleck der Erde richten.

Und doch hat dieser Apparat in jüngster Zeit schmächtig versagt. Kein Agent im Hauptquartier der Aufklärer hat etwas von den Vorbereitungen für die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon mitbekommen; andererseits haben Geheimdienstanalysen das Waffenarsenal des

Irak zu einer monströsen Bedrohung hochstilisiert, die in Wahrheit gar nicht vorhanden war. Monatelang mussten die US-Parlamentarier in Untersuchungsausschüssen des Kongresses eine peinliche Parade der Pleiten aufarbeiten.

Da hatten die elektronischen Spürhunde der NSA nicht bemerkt, dass einer der Attentäter des 11. September nur zwei Meilen von ihrem Haupttor entfernt in einem Internet-Café saß und mit Kaida-Mitgliedern chattete. Da wollte die CIA, in fundamentaler Verkenntnis der Lage, den US-Truppen Fähnchen für die Iraker mitgeben, weil die angeblich ein unstillbares Verlangen danach hätten, die Befreier zu bejubeln. Die „Oh-mein-Gott-das-darf-nicht-wahr-sein-Ausschüsse“ nannten die Parlamentarier ihre Untersuchungsgremien. Auf dem Parteitag der Republikaner in New York baten Politiker gar um höheren Beistand für Amerikas offenbar von Gott verlassene Spione: „Allmächtiger, schenke den Geheimdiensten Weisheit.“

Amerikas Dienste versagten, als das Land sie am dringendsten brauchte. Die einzelnen Agenturen hätten mehr gegeneinander gearbeitet, befanden die Abgeordneten. Scheuer kennt unzählige Beispiele aus eigenem Erleben. Bevor er der CIA den Rücken kehrte, verfasste er an seinem Schreibtisch in Langley einen wütenden Bericht für den Kongress.

Eine bittere Bilanz: Da forderte Scheuer im Dezember 1996 Militärhilfe an, um Kommandoeinsätze gegen Bin Laden in dessen Versteck am Hindukusch zu planen. Es dauerte 18 Monate, dann kamen zwei Offiziere – Experten für Iran, ohne jede Afghanistan-Erfahrung.

Später erfuhr Scheuer, dass die Konkurrenz von der NSA seit Jahren die Nummer 00873-682505331 abhörte – Bin Ladens privates Satellitentelefon. Er verlang-



CIA-Chief Goss

„Klima von Boshaftigkeit und Rachsucht“

te die Transkripte. Hört ihn doch selbst ab, kam die patzige Antwort der Kollegen. Fortan hingen zwei US-Dienste in der Leitung, wenn Bin Laden zum Hörer griff. Scheuers CIA, technisch nicht so hochgerüstet wie die Lauschbehörde, war weniger erfolgreich und konnte nur die Hälfte der Gespräche abfangen. Doch die NSA weigerte sich weiterhin, die fehlenden Aufzeichnungen herauszugeben.

Weil sich so etwas nicht wiederholen soll, wird es künftig im Reich der 15 Geheimdienste nur noch einen Herrscher geben. „Director of National Intelligence“, DNI, heißt dessen Stelle im neuen Gesetz. Washingtoner Politiker nennen den künftigen Alleinherrscher im Spionage-Imperium den „Geheimdienstzaren“. Anfang dieses Jahres will Präsident Bush ihn ernennen.

Dabei ist der Umbau seiner Schattenwelt keineswegs Amerikas erster Versuch, mit der Zusammenlegung ursprünglich konkurrierender Großbehörden für mehr Sicherheit zu sorgen. Das nach dem 11. September geschaffene Heimatschutzministerium vereinte die Küstenwache, die Einwanderungsbehörde und noch 20 weitere Behörden unter einem Dach. Dass eine solche Zusammenlegung ein deutliches Mehr an Sicherheit gebracht hätte, mag inzwischen nicht einmal mehr der Präsident behaupten.

Scheuer glaubt, dass es dem Geheimdienstzaren nicht besser ergehen wird. „Ihm wird der Einblick fehlen, was die einzelnen Dienste wirklich tun, und genau das ist entscheidend.“ Ausnahmsweise ist er in dem Punkt einmal mit seinen ehemaligen Chefs einig. „Geschwindigkeit und Beweglichkeit bringen Erfolg im Krieg gegen den Terrorismus, aber nicht mehr Bürokratie“, sagt der ehemalige CIA-Chef George Tenet, der im Juni 2004 zurückgetreten ist. Robert Gates, einer seiner Vorgänger, höhnt sogar: „Ich fürchte, der Zar ist ein Eunuch.“

Der wichtigste Grund für die Rivalität der Geheimdienste ist der Streit zwischen den Agenten, die sich dem Weißen Haus verpflichtet fühlen, und denen, deren Dienstherr der Pentagon-Chef ist, dem al-

lein acht Agenturen unterstehen, für die er bislang 80 Prozent des Gesamtetats beanspruchte. Jeden Nachmittag, auf einer Fünf-Uhr-Konferenz, kam es zum Streit um die Ressourcen: Wollte die CIA, die dem Weißen Haus untersteht, den iranischen Mullahs und ihrem geheimen Atomprogramm nachspionieren, wollten die Militärs ihre Satelliten lieber die Flugverbotszonen im Irak beobachten lassen. Forderte die CIA Abhöraktionen gegen die saudi-arabischen Stiftungen, die Geld an Extremisten schleusten, warnte das Pentagon: Wir dürfen Kuba nicht vergessen.

Wer immer als neuer Zar ernannt wird – als Kandidaten gelten der neue CIA-Chef Porter Goss, Thomas Kean, ein geheimdienstlerfahrener Republikaner, oder dessen demokratisches Pendant Lieberman –, wird viel zu tun haben. Denn in dem neugeschaffenen Imperium herrscht weiterhin Krieg. Vor allem Verteidigungsminister Donald Rumsfeld wittert die Chance, die schwer angeschlagene CIA weiter zu entmachten. Einen ersten Erfolg hat er erzielt: Seine Soldaten dürfen 25 Millionen Dollar an Spitzel auszahlen, die bei der Terroristenjagd behilflich sind. Das war bisher Vorrecht der CIA. Überdies hat Rumsfeld dem Präsidenten vorgeschlagen, die Jagd auf Terroristen künftig ganz den Spezialeinheiten seiner Streitkräfte anzuvertrauen.

Im CIA-Hauptquartier in Langley geht es deshalb in diesen Tagen mindestens so sehr um Rache wie um Reform. Ein „Klima von Boshaftigkeit und Rachsucht“ hat James Pavitt ausgemacht, der gerade seinen Abschied als CIA-Vize genommen hat.

Langleys Agenten fürchten, dass sie allein für die Pannen der vergangenen Jahre verantwortlich gemacht werden. Das wäre in der Tat ungerecht, wie gerade der Fall der angeblichen Massenvernichtungswaffen des Irak beweist. Auf der einen Seite, so erklärt etwa Senator Bob Graham, ehemaliger demokratischer Vorsitzender des Geheimdienstausschusses, „hatte die CIA wirklich keine Ahnung, andererseits wollte die Regierung unbedingt Beweise“. Inzwischen sind CIA-Einschätzungen so zurückhaltend, dass sie als Mahnungen an das Weiße Haus gelten können, künftig dichter bei der Wahrheit zu bleiben.

Zwischen Agenten der Langley-Behörde und der Regierung ist ein Kleinkrieg entbrannt. Verkündet Bush Erfolgsmeldungen über Amerikas Engagement im Irak, sickern prompt CIA-Analysen nach außen, die ein ganz anderes Bild zeichnen. So wurde kurz vor der Präsidentenwahl ein Geheimdienstdokument bekannt, welches die Gefahr eines Bürgerkriegs beschwor. Für die Zeit vor den Wahlen im Zweistromland rechnet die Langley-Behörde mit einer bedrohlichen Zunahme der Selbstmordanschläge.

Solche Indiskretionen hatten das Weiße Haus überzeugt, dass noch viele Zweifler

wie Scheuer bei der CIA in Lohn und Brot stehen. Der Bush-Freund Goss soll dafür sorgen, dass sie endlich verschwinden. „Wir unterstützen die Regierung“, hat der CIA-Chef in einer E-Mail an alle Mitarbeiter die neue Linie verkündet. Zum Aufräumen hat Goss seine ehemaligen Mitarbeiter aus dem Kongress mitgebracht, deren rüdes Vorgehen ihnen den Spitznamen „Hitlerjugend“ eingetragen hat.

Seitdem die Schocktruppen des neuen CIA-Chefs die Macht in Langley übernommen haben, treffen sich immer mehr alte CIA-Kämpen im „Center for Career Transition“ wieder, in dem Ausscheidende auf das Leben nach dem Geheimdienst vorbereitet werden.

Es gingen gerade die Besten, warnt Milt Bearden, ehemals der Afghanistan-Experte und eine der Legenden des Dienstes: „Das Universum steht Kopf.“

Denen, die sich dem neuen Regime anpassen, verspricht die Bush-Administration goldene Zeiten. Das Weiße Haus will den Etat für Agenten vor Ort um 50 Prozent erhöhen – damit könnte die CIA mehr Spione anheuern, als sie selbst haben wollte. „Normalerweise bringt selbst der Weih-



Terrorfürst Bin Laden

„Brillanter Stratege“

nachtsmann nur das, was auf dem Wunschzettel steht“, lästert Philip Zelikow, der ehemalige Direktor des wichtigsten Untersuchungsausschusses im Kongress über die Hintergründe des 11. September.

Für Scheuer gibt es keinen Weg zurück. Er will an einer Universität Studenten beibringen, dass weder der Geheimdienstzaren noch mehr Geld oder mehr Agenten Amerika sicherer machen werden, wenn nicht noch etwas anderes hinzukommt. Solange es Extremisten gebe, welche die USA hassen, werden sie mit Informationen nicht helfen. Und weil dieser Hass zu immer mehr Gewalt führe, müsse etwas unternommen werden, damit er sich nicht weiter ausbreitet – etwas, was so ziemlich das Gegenteil des Irak-Kriegs sein müsste.

Denn so, wie die Dinge jetzt liegen, sagt Scheuer, hat „der Krieg gegen den Terrorismus noch gar nicht richtig begonnen“.

GEORG MASCOLO